

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Martin Stümpfig

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Florian von Brunn

Abg. Dr. Otto Hünnerkopf

Abg. Herbert Woerlein

Abg. Dr. Hans Jürgen Fahn

Abg. Hans Ritt

Staatsminister Dr. Marcel Huber

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich die **Tagesordnungspunkte 5 und 6** auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

zum Schutz des Klimas und zur Anpassung an den Klimawandel im Freistaat Bayern - Bayerisches Klimagesetz (Drs. 17/21585)

- Zweite Lesung -

und

Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Natascha Kohnen, Florian von Brunn u. a. und Fraktion (SPD)

für ein Bayerisches Gesetz zur Förderung des Klimaschutzes in Bayern und zur Änderung des Bayerischen Landesplanungsgesetzes (Drs. 17/21763)

- Zweite Lesung -

Ich erinnere noch einmal daran, dass zu Tagesordnungspunkt 5 namentliche Abstimmung beantragt ist. Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 36 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Unser erster Redner ist der Kollege Stümpfig. Bitte schön, Herr Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Heute ist die letzte Sitzung in diesem Hohen Haus in dieser Legislaturperiode. Heute ist auch die letzte Gelegenheit für die CSU-Fraktion, mit der Zustimmung zu unserem Klimaschutzgesetz in dieser Legislatur etwas Handfestes zum Klimaschutz zu bewirken; denn die Bilanz der CSU-Fraktion bzw. der CSU-Staatsregierung beim Klimaschutz ist verheerend. Im Vergleich zu 1990 haben wir hier gerade einmal Einsparungen in Höhe von 10 %. Das Ziel, wie Sie alle wissen, liegt bei 40 % bis 2020. Hier liegt also wirklich eine verheerende Bilanz vor. Da sagen wir GRÜNE nur: So kann es nicht weitergehen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

In dieser Legislaturperiode haben wir sehr viele Anträge zum Thema Klimaschutz gestellt, ob im Landwirtschaftsausschuss, Wirtschaftsausschuss oder Umweltausschuss. Sie von der CSU-Fraktion haben hier nichts vorgelegt. Sie haben nur unsere Anträge konsequent abgelehnt. Es gibt bei der CSU-Staatsregierung keine verbindlichen Ziele, bei denen wir sagen könnten: Mit diesen Zielen können wir die Ziele von Paris erreichen.

Unser Klimaschutzgesetz legt die Ziele klar fest. Ich habe in der Ersten Lesung den Budgetgedanken schon ausführlich erläutert. Maximal 1.300 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente dürfen wir in Bayern noch emittieren, um das Zwei-Grad-Ziel einzuhalten. Wir müssen bis zum Jahr 2030 auf 3,5 Tonnen CO₂-Äquivalente pro Kopf runter. Das sind Zielsetzungen, die dann verbindlich formuliert wären. So muss es funktionieren. Anders wird uns das nicht gelingen; denn die Staatsregierung steuert mit ihren Zielen auf eine Erwärmung von drei bis vier Grad zu. Das Einzige, was man zu diesen Zielsetzungen noch sagen kann: Sie werden in den Bilanzen selbst geschneidert. Da ist die Rede vom Quellenverbrauch, oder die Verursacherbilanz wird durcheinander gewürfelt. Wir haben immer wieder neue Berechnungsmethoden, sodass wir langjährige Reihen gar nicht verstehen können. Die Berechnung ist, was zum Beispiel den Landwirtschaftsbereich angeht, nicht vollständig. Da haben wir heute Morgen von unserem Ministerpräsidenten Herrn Söder erst wieder hören müssen: Ja, jetzt sollen die Landwirte als die Buhmänner für den Klimawandel hingestellt werden. – Nein, Herr Söder, so ist es nicht. Aber wir brauchen eine ehrliche Bilanz.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben uns in unseren Klimaschutzgesetzen viel Mühe gemacht und versucht, Anteile durch das Herunterbrechen von Zahlen der Bundesregierung, weil es auf bayerischer Ebene nichts gibt, herauszufinden. Demnach geht ungefähr ein Viertel der CO₂-Emissionen nun mal auf das Konto der Landwirtschaft. Da können wir nicht, wie Sie

von der CSU-Staatsregierung das machen, nach der Vogel-Strauß-Methode einfach sagen, das interessiert uns nicht. Man muss sich dieser Herausforderung stellen. Zu dem Grund, warum Sie hier keine Antwort auf diese Zukunftsfragen haben, möchte ich meine Vorsitzende, die Katha Schulze, zitieren. Sie sagte heute Morgen: Sie sind hier gnadenlos überfordert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie sind hier gnadenlos überfordert; denn Sie müssten zum ersten Mal Ihre ganze Politik, dieses ganze Neoliberale, das nur auf Wachstum, Wachstum, Wachstum, setzt und unsere natürlichen Lebensgrundlagen zerstört, hinterfragen. Stattdessen praktizieren Sie nur die Vogel-Strauß-Methode. Wie überfordert Sie sind, hat sich auch in den Debatten im Umweltausschuss, im Wirtschaftsausschuss und im Plenum gezeigt. Die Debatte war fachlich – das muss ich leider sagen, liebe Kollegen und Kolleginnen – unterirdisch. Pauschal hieß es da von Ihrer Fraktion nur "Brauchen wir nicht" und "Ein Klimaschutzgesetz ist nicht notwendig."

Ich blicke auf heuer zurück, auf diesen Hitzesommer mit vertrockneten Ernten und massiven Schäden, und Sie von der CSU-Fraktion sagen: Nein, Klimaschutz ist nicht notwendig, brauchen wir nicht. – Wir hatten nicht fünf heiße Tage wie normalerweise, sondern wir hatten über 20. Da sagen Sie: Klimaschutz brauchen wir nicht. Wir brauchen doch kein Klimaschutzgesetz. – Es gibt Tiefststände beim Grundwasser und Tiefststände in unseren Trinkwasservorräten. Die Schwäbische Rezat in meinem Heimatraum in Weißenburg ist heuer komplett ausgetrocknet. Da sagt die CSU-Fraktion: Klimaschutz? Nicht notwendig. – So kann man das weiter fortsetzen bis beispielsweise hin zur Permafrostgeschichte. Sie fahren gerne auf die Zugspitze hinauf und schwingen tolle Reden, aber die Umweltforschungsstation des Schneefernerhauses hat einen Tunnel durch den Gipfel gebohrt und festgestellt, dass der Permafrost auf der Zugspitze von außen nach innen immer mehr abschmilzt. Da stellen Sie sich dann oben hin und sagen: Klimawandel, Klimaschutz? Brauchen wir nicht, gibt es doch alles gar nicht.

(Ingrid Heckner (CSU): Das ist doch nicht wahr!)

Der Gipfel von dem Ganzen war der Herr Ritt im Umweltausschuss, der dieses Jahr bei seiner Erwiderung zu uns gesagt hat, es gab doch auch im 12. und 13. Jahrhundert eine solche Heißphase, eine Klimaerwärmung. Er stellt in Frage, dass das, was wir momentan erleben, menschengemacht ist.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Wahnsinn!)

Da muss ich jetzt wirklich sagen: Sie gehen langsam vom Ignorieren des Klimawandels zum Leugnen des Klimawandels über. Da machen wir GRÜNE einfach nicht mehr mit.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER))

Wir haben hier unser Klimagesetz eingebracht. Wir wollen den Menschen Mut geben, Ihnen aber auch die Wahrheit sagen; denn diese Herausforderung ist wirklich nicht gering. Aber wir brauchen ernsthafte Maßnahmen, und nicht immer irgendwelche Placebomaßnahmen. Mit unserem Klimagesetz wollen wir verbindliche Ziele einführen: 3,5 Tonnen pro Kopf bis 2030. Wir wollen ein Landesklimaschutzkonzept, das Sektorziele für Verkehr, Landwirtschaft, Wärme und Strom enthält. Wir wollen bis zum Jahr 2030 eine klimaneutrale Verwaltung einführen, damit die öffentliche Hand vor-macht, wie wir es in der Praxis schaffen, Klimaschutz wirklich umzusetzen. Es gibt einen Klimarat, es gibt verbindliche Ziele und es gibt ein Monitoring. Dieses ganze Paket wird in den einzelnen Kommunen zusammen mit Klimaschutzmanagern durch-dekliniert. Wir brauchen in den einzelnen Kommunen eine gute Beratung, was die ein-zelnen Kommunen und Verwaltungsebenen und der Einzelne beim Klimaschutz wirk-lich tun können.

Das müssen wir umsetzen; denn die Zielsetzung, hier endlich eine Trendwende zu er-reichen, stellt eine große Herausforderung dar. Wir GRÜNE wollen es anpacken. Ich

bitte heute um Ihre Zustimmung. Wir haben heute extra namentliche Abstimmung beantragt, damit Sie als einzelne Abgeordnete sagen können, mir ist der Klimaschutz ein Herzensanliegen, so wie wir GRÜNE sagen, dass er uns ein Herzensanliegen ist und wir in Bayern mit unserem Klimagesetz einen Meilenstein für den Klimaschutz setzen wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Kurz vor der Klimakonferenz 2015 hat der amerikanische Präsident, damals Barack Obama, gesagt: Wir sind die erste Generation, die die Auswirkungen des Klimawandels spüren, und die letzte Generation, die etwas gegen ihn unternehmen kann. – Im aktuellen CSU-Wahlprogramm stellt Markus Söder die Behauptung "Wir managen die Zukunft" auf. Aber im ganzen Programm findet sich kein Wort zu der wichtigsten Zukunftsfrage der Menschheit, dem Klimaschutz. Nein, meine Damen und Herren von der CSU, Sie managen nicht die Zukunft. Sie leben mit Ihrer Politik in der Vergangenheit.

(Beifall bei der SPD)

Daran ändert Ihr Last-Minute-Angebot in der heutigen Regierungserklärung auch nichts. Auch für Bayern sind die Folgen der Klimaerhitzung dramatisch. Wir haben schon einen Vorgeschmack darauf bekommen: Das Pfingsthochwasser 2013, die Sturzflut in Simbach 2016, die extreme Trockenheit in Franken 2017 und ganz aktuell der Hitze- und Trockenheitssommer 2018, der alle bisherigen Rekorde übertrifft. Das zeigt: Extremwetterereignisse, Hochwasser und Dürre nehmen weiter dramatisch zu. Die Temperaturen in den Städten steigen auf ein gesundheitsgefährdendes Maß. Die Bedingungen für die Land- und Forstwirtschaft verschlechtern sich zusehends. Die Naturgefahren steigen überall an, und der Klimawandel schädigt die Tier- und Pflan-

zenwelt in Bayern. Wir tragen in Bayern auch eine globale Verantwortung. Schon jetzt müssen jedes Jahr 25 Millionen Menschen vor den Folgen der Klimaerhitzung fliehen. In den nächsten Jahren könnten es immer mehr werden. Deswegen brauchen wir unbedingt verbindliche und ehrgeizige Klimaschutzziele. Die Temperatur in diesem Jahrhundert darf auf keinen Fall um mehr als 2 Grad steigen, besser nur um 1,5 Grad. Wir müssen das schnell auf den Weg bringen, wie es Barack Obama gesagt hat: Wir sind die letzte Generation, die etwas gegen den Klimawandel tun kann. Gerade in Bayern müssen wir die Ärmel in der Klimaschutzpolitik endlich hochkrepeln. Seit über zehn Jahren geht hier in Bayern nichts voran. Seit zehn Jahren gab es in Bayern keine Reduzierung von Treibhausgasen mehr. Ich belege das gern mit konkreten Fakten. Laut den aktuellen Daten des zuständigen Bund-Länder-Arbeitskreises hat Bayern unter Horst Seehofer und Markus Söder seit 2007 keine Verringerung der Treibhausgasemissionen mehr geschafft. Zuletzt sind die Pro-Kopf-Werte bei den energiebedingten Treibhausgasemissionen sogar wieder leicht angestiegen. Auch bei den Treibhausgasemissionen des Verkehrs gab es einen Anstieg.

Im Verkehrsbereich leisten Sie sogar selbst den Offenbarungseid. In Ihrem eigenen Umweltbericht aus dem Jahr 2015 steht nämlich: Die Emissionen aus dem Flugverkehr stiegen seit 1990 um mehr als das Dreifache an. Mit etwa 26 Millionen Tonnen verursacht der Straßenverkehr weiterhin den größten Anteil. – Das passt zu Ihrem CSU-Wahlprogramm. Dort steht es auch so. Bayern ist ein Autoland. Ja, aber leider kein Klimaschutzland und kein CO₂-Freistaat. Dafür tragen Sie die Verantwortung.

(Beifall bei der SPD)

Ein anderes Beispiel sind die Moore. Moore können enorme Mengen an CO₂ speichern, aber nur, wenn sie intakt sind. Von rund 220.000 Hektar bayerischer Moore sind nur noch rund 5 % in einem naturnahen Zustand. Sie haben deswegen schon ein Moorprogramm aufgelegt. Bis 2014 haben Sie gerade mal 800 Hektar von 220.000 Hektar renaturiert. Diese Beispiele zeigen, was Ihre Klimapolitik wirklich ist, nämlich heiße Luft und viel Lärm um nichts.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten geben uns damit nicht zufrieden. Deswegen legen wir zum zweiten Mal seit 2013 ein ehrgeiziges Klimaschutzgesetz für den Freistaat Bayern vor. Echte Klimaschutzpolitik fängt schon mal mit ehrlichen Zahlen an. Wir wollen eine Klimaverursacherbilanz für Bayern, kein Tricksen und Täuschen bei den Zahlen, so wie Sie es praktizieren.

(Beifall bei der SPD)

Unser Ziel lautet: Bayern muss bis zum Jahr 2050 in schnellen Schritten, überprüfbar und transparent, klimaneutral werden. Das heißt für uns: Wir wollen bis dahin 95 % der Treibhausgase gegenüber dem Jahr 1990 einsparen. Das ist das wichtigste Ziel. Wir wollen das durch mehr Energieeffizienz, Energiesparen und neuen Schwung in der Energiewende erreichen. Dafür wollen wir die CSU-Windkraftblockade, diese unsinnige 10-H-Regelung, so schnell wie möglich aufheben.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, seit Kurzem kennen wir die Klimadaten für das vergangene Jahr 2017. Es wurden etwas weniger Treibhausgase ausgestoßen als im Jahr davor. Die größten Einsparungen gab es erfreulicherweise im Energiebereich. Der Grund dafür ist, dass durch die hohe Windkrafteinspeisung weniger Steinkohle verstromt werden musste. Vor dem Hintergrund dessen, was gerade im Hambacher Forst abläuft, sage ich ganz bewusst: Wir müssen und wir werden aus der Kohle aussteigen. Wir wollen keine Braunkohleverstromung mehr.

(Beifall bei der SPD)

Wer aber aus der Kohle aussteigen will, der muss die Windkraft ausbauen und darf sie nicht abwürgen. Das ist doch klar. Leider sind die Fortschritte durch die regenerativen Energien deutschlandweit aufgrund der Zunahme des klimaschädlichen Verkehrs fast vollständig zunichtegemacht worden.

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

– Sie können sich gerne zu einer Zwischenbemerkung melden.

Daran hat Bayern einen erheblichen Anteil. Markus Söder und die jetzige Staatsregierung haben kurz vor der Landtagswahl ihre vermeintlich neue Liebe für den öffentlichen Verkehr entdeckt. Aber wie glaubhaft ist das? – Seit Jahren machen Sie Versprechungen, die nicht eingehalten werden. Jetzt kurz vor der Landtagswahl soll plötzlich alles gut werden. Sie erinnern an jemanden, der an Silvester immer große Pläne schmiedet, nur um damit im neuen Jahr zu scheitern und sich zum Jahresende wieder das Gleiche vorzunehmen. Das ist doch Ihr Prinzip bei der CSU.

(Volkmar Halbleib (SPD): Dreikönig ist es schon wieder vorbei!)

Wer glaubt Ihnen schon, dass Sie auf umweltfreundlichen Verkehr setzen, wenn Sie das Autoland Bayern beschwören?

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Florian von Brunn (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Der Kollege soll eine Zwischenbemerkung machen. Ich wollte heute schon zwei Zwischenfragen stellen. Die anderen Kollegen haben das nicht zugelassen. Dann muss ich es einfach genauso handhaben.

Bis heute wollen Sie die Hardware-Nachrüstung von den Autofahrern zahlen lassen, anstatt vom Verursacher, der Autoindustrie. Sie wollen um jeden Preis die dritte Startbahn am Münchner Flughafen bauen. Der erste Wasserstoff-Brennstoffzellenzug wird nicht in Bayern, sondern in Niedersachsen fahren.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen eine echte Verkehrswende. So steht es in diesem Gesetzentwurf. Klimaschutz geht eben nicht ohne nachhaltige Mobilität. Wir wollen den umweltfreundlichen öffentlichen Verkehr schnell ausbauen und emissionsfreie Antriebe fördern. Dazu gehört ein viel schnellerer Ausbau der S-Bahn in München und in Nürnberg-Fürth-Erlangen, die Schaffung von Stadt-Umland-Bahnen in allen größeren bayerischen Städten sowie gut getaktete Busverbindungen, land-

kreisübergreifend im gesamten ländlichen Raum. Dazu gehört auch der Einstieg in den kostenfreien Nahverkehr – jetzt und nicht im Jahr 2030, wie das Herr Söder versprochen hat.

(Beifall bei der SPD)

Zudem wollen wir, dass die öffentliche Hand, der Freistaat, die Städte und die Gemeinden eine Vorreiterrolle beim Klimaschutz übernehmen, finanziert vom Freistaat, beispielsweise beim öffentlichen Gebäudebestand. Wir wollen ein echtes Klimaprogramm für die bayerischen Moore, das nicht im Mikrobereich steckenbleibt. Wir wollen einen unabhängigen Klimabeirat. Wir wollen viel schneller und umfassender Vorsorge gegen die Klimaerhitzung in Bayern treffen und die entsprechenden Anpassungsstrategien verbessern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Klimaschutz ist eine Investition in die Zukunft und eine Verpflichtung gegenüber unseren Kindern. Klimaschutz heute spart Geld für die Zukunft; denn er kostet weniger als die Behebung der durch die Klimaerhitzung verursachten Schäden. Wer eine gute Zukunft für Bayern wirklich will, der muss echten Klimaschutz betreiben. Dafür stehen wir. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Der nächste Redner ist Herr Dr. Hünnerkopf.

Dr. Otto Hünnerkopf (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Die zwei Gesetzentwürfe von den GRÜNEN und der SPD haben das Ziel, ein eigenes Klimaschutzgesetz zu installieren. Die SPD hat die zusätzliche Forderung erhoben, das Landesplanungsgesetz zu ändern, um im Rahmen der Raumordnung klimarelevante Maßnahmen in den Regionalplänen festlegen zu können. Das ist Gegenstand dieser Diskussion.

Nach der Ersten Lesung haben wir diese Vorschläge im Umweltausschuss, im Wirtschaftsausschuss und im Verfassungsausschuss diskutiert. Meine Damen und Herren, wir haben sie intensiv und kontrovers diskutiert. Lieber Herr Kollege Stümpfig, wenn Sie nicht zufrieden waren, ist das Ihr Problem. Ich darf Ihnen sagen, dass aus unserer Sicht beide Gesetze im Grunde genommen gut gemeint sind, aber keine neuen Erkenntnisse liefern.

Ich nenne als Stichwort den Pro-Kopf-Ausstoß von CO₂. Wir befinden uns mit rund 6 Tonnen in einem guten Bereich. Sie haben das Ziel, den Pro-Kopf-Ausstoß auf 3,5 Tonnen zu reduzieren. Unser Ziel sind 2 Tonnen Pro-Kopf-Ausstoß von CO₂. Deswegen kommt von Ihnen explizit nichts Neues. Wir haben in unserem Klimaschutzprogramm, dem Energieprogramm und der Klimaanpassungsstrategie bereits schlüssige und probate Instrumentarien, um voranzukommen. Ihr Ansatz ist mehr der ordnungspolitische, ich will nicht sagen planwirtschaftliche. Irgendwann oder auch gar nicht kommt die Eigeninitiative. Wir gehen den anderen Weg: Wir setzen zunächst Anreize für die Freiwilligkeit und ergänzen diese mit ordnungspolitischen Maßnahmen.

Beim Stichwort Autoland Bayern geht es um den CO₂-Ausstoß. Unser Ansatz, am Diesel festzuhalten, kann nicht so falsch sein. Im Hinblick auf den CO₂-Ausstoß ist der Diesel immer noch unbestritten günstiger als das Benzin-Auto. Lieber Kollege Florian von Brunn, ich bitte, Folgendes zur Kenntnis zu nehmen, Sie haben es heute gehört: Bei der Nachrüstung setzen wir nicht auf Eigenbeteiligung, sondern wir wollen, dass die Kosten von den Autoherstellern übernommen werden.

(Florian von Brunn (SPD): Davon habe ich heute nichts gehört! Davon wurde nichts gesagt!)

– Das wurde gestern Abend auch in der Diskussion mit Herrn Hartmann gesagt.

(Florian von Brunn (SPD): Das wurde heute überhaupt nicht deutlich!)

– Ich glaube, es wurde deutlich gesagt, dass das unser Ziel ist. Und das ist so.

Meine Damen und Herren, diese Gesetze sind nicht notwendig. In Artikel 141 Absatz 1 der Bayerischen Verfassung steht als Staatsziel der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und ein sparsamer Umgang mit der Energie. In dem Klimaschutzprogramm Bayern 2050 wird eine Milderung des Klimawandels angestrebt, was nicht bestritten werden kann. Niemand von uns stellt auch nur ansatzweise in Frage, dass uns der Klimawandel an allen Stellen trifft. Viele, die sich damit befassen, und auch ich sehen den Klimawandel als die wesentliche Herausforderung in der Umweltpolitik. Unbestritten müssen wir in unserer Zuständigkeit das tun, was wir tun können. Ich komme auf die Ansätze noch zurück. Wir leben aber nicht auf einer Insel. Die Ereignisse greifen auch deshalb Platz, weil wir weltweit unterwegs sind.

Beim Klimaschutzprogramm geht es um Einsparungen und um die Steigerung der Energieeffizienz. Ich weiß nicht, was daran neu sein sollte.

(Florian von Brunn (SPD): Neu ist, dass wir Fortschritte wollen, es aber keine Fortschritte gibt!)

– Das wollen wir auch, und dabei sind wir mit dem Ausbau von erneuerbaren Energien auf einem recht guten Weg.

(Florian von Brunn (SPD): Wer regiert denn seit Jahrzehnten in Bayern?)

Lassen Sie mich zu diesem Thema auch Folgendes anmerken, weil es immer wieder angesprochen wird. Bei der Windkraft haben wir immer Bürgerenergiegenossenschaften propagiert. Was war denn vorher der Fall? Irgendjemand konnte sich einen probaten günstigen Standort für ein Windrad sichern und es bauen, und die Menschen mussten es dann hinnehmen. Jetzt könnten die Menschen selber die Spielräume nutzen.

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Das macht aber keiner, weil die Spielräume nicht da sind!)

– Doch, die sind da. Wenn sich die Menschen vor Ort einigen, dass sie ein Windrad haben wollen, können sie es realisieren. Da gibt es überhaupt kein Hindernis.

(Florian von Brunn (SPD): Wie viele Windräder sind denn genehmigt worden?)

Ich weiß, wovon ich rede. Ich bin im Aufsichtsrat eines Energieversorgers, und wir haben in den letzten Jahren immer noch Windkraftanlagen zusammen mit den Bürgern gebaut.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben die Bürger beteiligt, und diese Anlagen wurden realisiert.

(Florian von Brunn (SPD): Wie viele wurden nach 10H genehmigt?)

Ich finde es unangemessen, wenn es so hingestellt wird, dass Windkraftanlagen grundsätzlich nicht möglich sind. Damit ist es auch möglich, in der Versorgung mit regenerativen Energien voranzukommen.

Im Klimaschutzprogramm ist auch ein verstärkter Moorschutz enthalten, lieber Kollege von Brunn. Natürlich können wir apodiktisch fordern, dass die Moore geschützt werden. Das muss ich dann über die Köpfe der Menschen hinweg festlegen. Wir wollen dabei aber die Menschen mitnehmen. Das bedarf im einen oder anderen Fall noch längerer Diskussionen, um dabei voranzukommen. Sie werden aber doch nicht sagen wollen, dass auf mehreren tausend Hektar Fläche purer Moorschutz betrieben wird. Dazu bekommen Sie in der Öffentlichkeit keine Zustimmung. Bitte lassen Sie die Kirche im Dorf. Dass es nicht einfach ist, das wissen wir.

(Florian von Brunn (SPD): Aber nicht jahrelanger Stillstand!)

Vielleicht zum Schluss noch einige Worte zu dem Aspekt, dass das Landesplanungsgesetz geändert werden muss. Ich meine, dass gerade das Landesplanungsgesetz sehr wohl eine Grundlage für die weitere Konkretisierung und Berücksichtigung des Klimaschutzes enthält. Der Grundsatzkatalog in Artikel 6 enthält ein klares Bekenntnis

zu den räumlichen Erfordernissen für den Ausbau erneuerbarer Energien, zum Erhalt der Wälder und zum Schutz des Grundwassers und der Auen. Daher ist eine Änderung nicht notwendig.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss, weil mein Kollege Ritt noch einiges ergänzen will. Ich hoffe sehr, dass es uns gelingt, miteinander im Ringen um gemeinsame Lösungen noch bessere Lösungen für den Klimaschutz voranzubringen. Ich wünsche, dass in diesem Haus auch die weiteren Auseinandersetzungen konstruktiv verlaufen. Das wünsche ich uns; denn wer aufhört, besser werden zu wollen, der beginnt damit, nicht mehr gut zu sein. Das war immer unser Maßstab. Abschließend herzlichen Dank fürs Zuhören und alles Gute für Sie!

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Bitte bleiben Sie am Rednerpult. Wir haben noch zwei Zwischenbemerkungen vom Kollegen Stümpfig und dann vom Kollegen Woerlein. – Zuerst der Kollege Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Hünnerkopf, zunächst einmal möchte ich Ihnen danken, weil Sie einer der wenigen Umweltpolitiker in der CSU-Fraktion sind; wir werden Sie, glaube ich, in diesem Hohen Haus noch vermissen.

Jetzt noch einmal zu den Zahlen. Sie laufen damit leider Ihrem eigenen Haus etwas in die Falle, weil immer wieder mit unterschiedlichen Zahlen hantiert wird. Wenn wir von CO₂-Emissionen pro Kopf sprechen, reden wir immer von den energiebedingten und nicht energiebedingten zusammen. Die sechs Tonnen, die Sie erwähnten, sind nur energiebedingt. Die Staatsregierung trickst und täuscht immer, indem sie bestimmte Sachen unter den Tisch fallen lässt. Zwei Tonnen sind eben nicht energiebedingt, und das sind zusammen acht Tonnen pro Kopf. Wenn wir fordern, bis 2030 nur mehr dreieinhalb Tonnen insgesamt zu haben, dann ist das weniger als die Hälfte.

Sie sagen, in dem Klimaschutzgesetz würde nichts Neues stehen. Eine Halbierung der CO₂-Emissionen innerhalb von elf Jahren ist eine wahnsinnige Herausforderung. Der müssen wir uns heute stellen und können nicht noch einmal eine Legislaturperiode mit Ihnen verschlafen. Das muss jetzt endlich angepackt werden; denn mit Ihren Zielen steuern Sie bis zum Jahr 2050 auf 2.600 Millionen Tonnen zu. Wir haben ein Budget von 1.300, und dieses überschreiten Sie um das Doppelte. Das ist einfach unmöglich. Jeder Klimawissenschaftler, mit dem Sie sich unterhalten, sagt Ihnen ganz klar, dass es so nicht weitergehen kann.

Am Schluss noch ein Wort zur Windkraft. Wenn jetzt die Sonderausschreibungen vom Bund kommen sollten, haben wir keine Windkraftanlagen mehr, die nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz genehmigt sind. Die Pipeline ist leer. Wir haben keine neuen Anträge mehr. Wenn jetzt eine Sonderausschreibung kommt, weil die Große Koalition begreift, dass sie die erneuerbaren Energien stärker ausbauen muss, geht Bayern leer aus, weil nichts mehr da ist, weil Sie mit der 10-H-Regelung der Windkraft den Boden komplett unter den Füßen weggezogen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dr. Otto Hünnerkopf (CSU): Wie ich die Entwicklung der Windkraft sehe und welche Erfahrung ich habe, habe ich Ihnen erläutert. Ich darf Ihnen berichten: Dort, wo wir zuständig sind, haben wir eine Energieversorgung aus erneuerbaren Energien zu über 100 %. Wir sind in unserem Versorgungsbereich bereits im Jahr 2060. Wir haben das Dreifache von dem, was wir zur Versorgung brauchen, in Form von Biogas, Windkraft und Wasserenergie installiert. Ich will damit nur sagen, dass es Beispiele dafür gibt, dass es vorangeht. Ich will nicht den Eindruck hinterlassen, dass alles rosig ist. Dann wäre ich ein Scharlatan. Das ist nicht meine Art. Ich weiß, dass wir gefordert sind, noch effizienter voranzukommen. Zu den Zielen möchte ich aber sagen, dass wir ähnliche Ziele verfolgen wie Sie auch. Den Weg dorthin lassen Sie uns gemeinsam gehen.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Jetzt eine weitere Zwischenbemerkung vom Kollegen Woerlein.

Herbert Woerlein (SPD): Lieber Dr. Otto Hünnerkopf, ich darf mich bei dir ganz herzlich bedanken. Wir hatten mit dir in den letzten fünf Jahren eine klasse Zusammenarbeit. Mir tut es fast ein bisschen leid, wenn ich deine letzte Rede mit einer Intervention unterbrechen muss, mit der ich nicht nur Wasser in den Wein gießen muss, sondern mit der ich wirklich sagen muss: Ich habe etliche Gespräche geführt, die Menschen draußen sind entsetzt von der heutigen Regierungserklärung des Ministerpräsidenten.

(Widerspruch bei der CSU)

Zu zentralen Themen wie Umweltschutz oder Klimaschutz fiel kein Wort. Stattdessen sagte Herr Söder, Bayernland ist Autoland. Das war eine klare Ansage. Lieber Otto, wie soll es denn laufen? Ihr sagt, ihr wollt an der 10-H-Regelung festhalten; der Ministerpräsident will keine "Verspargelung". Ja, wie wollen wir denn dann die erneuerbaren Energien voranbringen?

Zu dem Kompromiss, von dem du in Richtung CSU gesprochen hast: Das ist alles nicht der Aufregung wert. Man muss doch die Sachen ansprechen und ganz ruhig bleiben. Wie sollen wir es denn schaffen?

Zur 10-H-Regelung sagst du, da können sich die Leute vor Ort einigen. Wie sehr sich die Leute vor Ort einigen, sehen wir daran, dass im letzten Jahr insgesamt vier Windkraftanlagen genehmigt worden sind. Da sieht man also, dass es vor Ort nicht funktioniert. Jetzt die ganz konkrete Frage: Was will denn die Bayerische Staatsregierung tun, um die erneuerbaren Energien vor dem Hintergrund voranzubringen, dass mit der 10-H-Regelung, an der offensichtlich festgehalten wird, die Windkraft komplett tot ist? Worauf setzt ihr?

(Beifall bei der SPD)

Dr. Otto Hünnerkopf (CSU): Ich fühle mich nicht bemüßigt, für die Bayerische Staatsregierung zu sprechen.

(Florian von Brunn (SPD): Auf einmal!)

Ich denke, wir haben beim Ausbau von erneuerbaren Energien einen relativ hohen Stand. Woran wir arbeiten, ist das Speichern, das Puffern, das Schließen der Lücken. Ich persönlich bin auch der festen Überzeugung, dass es Sinn macht, dort, wo der Wind bläst, nämlich im Norden, wo er länger bläst als bei uns, nämlich doppelt so lang – wenn es bei uns 2.000 Stunden sind, sind es dort 4.000 –, Windkraftanlagen zu bauen. Und wenn diese Energie installiert ist, müssen wir in der Tat schauen, dass wir sie Bayern zuführen. Es ist mein Credo, dass wir eine Vernetzung brauchen, um Lücken zu schließen. Deswegen können wir da – ich hoffe, dass einmal der Groschen fällt und die Menschen gerade unter dem Aspekt der Bürgerenergiegenossenschaft die Dinge vielleicht anders sehen – peu à peu weiterhin zubauen. Da ist vieles möglich. Aber das ist, wie gesagt, meine persönliche Meinung. Für die Staatsregierung möchte ich da nicht gesprochen haben.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Dr. Fahn.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, zunächst etwas zu Herrn Hünnerkopf. Sie haben gesagt, die beiden Gesetzentwürfe sind gut gemeint. Wir meinen, sie sind gut gemacht, weil sie relativ konkrete Ziele aufzeigen. Sie sagen, da gehe es in die Planwirtschaft. Wir sagen, da steht auch etwas für die öffentliche Verwaltung drin. Und die öffentliche Verwaltung in Bayern hat eine Vorbildfunktion. Deswegen sind verschiedene Punkte in den Gesetzentwürfen richtig und gut.

Auch wir müssen leider sagen, dass die CSU-Fraktion die wichtigste Zukunftsaufgabe – und das ist der Klimaschutz – einfach verschläft. So war das heute in der Regierungserklärung und auch in der letzten Regierungserklärung. Da kam das Wort Klimaschutz nicht vor, und so etwas darf einer Regierungsfraktion eigentlich nicht passieren; das muss ich ganz klar sagen. Klimaschutz ist die wichtigste Zukunftsaufgabe. Natürlich wird auch beim Bund vieles versäumt. Es wird immer noch Braunkohle verfeuert, und das ist mit der größte CO₂-Emittent.

Deutschland verfehlt auch die Klimaschutzziele. Die Klimakanzlerin der Neunzigerjahre ist heute nur noch Geschichte; das müssen wir ganz klar sagen. Für uns FREIE WÄHLER geht es darum, den Klimaschutz ganz oben anzusiedeln. Deswegen haben wir auch schon zweimal hier im Landtag beantragt, dass der Klimaschutz in die Verfassung aufgenommen wird, weil Klimaschutz einfach eine absolute Aufgabe ist. Wir sagen, die Verfassung ist das höchste Gut, und an ihr orientieren sich auch alle Gerichte. Zum Beispiel lassen sich Klimaschutzziele wie "100 % Strom aus erneuerbaren Energien" besser durchsetzen. Deswegen unterstützen wir auch nachhaltig das laufende Volksbegehren, den Klimaschutz in die Bayerische Verfassung aufzunehmen, das vom Verein "Klimaschutz – Bayerns Zukunft" in München initiiert wird. Da heißt es nicht nur, dass der Klimaschutz in die Verfassung aufgenommen werden soll, sondern auch, dass sich Bayern zu 100 % auf erneuerbare Energien umstellen soll. Innerhalb von 14 Tagen wurden da immerhin schon 13.000 Unterschriften gesammelt. Wir sehen immer wieder: Wenn die Politik versagt, muss es das Volk richten. Das Beispiel der Abschaffung der Studiengebühren hat das ja gezeigt.

Meine Damen und Herren, es genügt natürlich nicht, wenn der Klimaschutz allein in der Bayerischen Verfassung steht. Wir brauchen einen allumfassenden Ansatz, und deswegen begrüßen wir die Gesetzentwürfe der GRÜNEN und der SPD, weil sie einfach Konkretes enthalten.

Ich komme als Erstes zum Gesetzentwurf der SPD. Die SPD hat richtig erkannt, dass für den Klimaschutz endlich eine gewisse Verbindlichkeit hergestellt werden muss. Be-

sonders hervorheben möchte ich den Artikel 7, in dem eine konsequente Kehrtwende gefordert wird. Artikel 10 beschäftigt sich ausführlich mit der Rolle der Kommunen und dem kommunalen Klimaschutz. Hier wird auch richtigerweise gesagt – das fehlt leider in dem Gesetzentwurf der GRÜNEN –, dass die Kommunen nicht allein gelassen werden dürfen, sondern dass der Staat die Kommunen finanziell unterstützen muss. Wir wissen, dass hier auf die Kommunen große personelle und finanzielle Aufgaben zukommen. Die Forderung eines klimaneutralen Gebäudebestands unterstützen wir FREIEN WÄHLER vollumfänglich. Jedoch fehlt hier ein Passus, der verhindert, dass Mieten in einem weiteren Zyklus in unbezahlbare Höhen steigen dürfen. Mieten müssen bezahlbar sein. Das gehört in dem Gesetzentwurf zum Klimaschutz dazu.

Zu Artikel 4 des Gesetzentwurfs der GRÜNEN: Es ist richtig, dass Klimaschutz eine Querschnitts- und eine Gemeinschaftsaufgabe ist, bei der auch Bildungseinrichtungen eine zentrale Rolle spielen. Auch wir sagen immer: Klimaschutz beginnt im Kopf. Nur so erreichen wir Verhaltensänderungen. Artikel 4 ist also richtig und gut.

Wir brauchen eine klimaneutrale Verwaltung, und das ist wichtig, Herr Hünnerkopf. Die öffentliche Hand muss als Vorbild vorangehen. Wir FREIEN WÄHLER haben auch schon einen Antrag im Landtag gestellt, der dies zum Ziel hatte. Wir wissen, es gibt andere Bundesländer, die das schon machen; das sind Baden-Württemberg, Hessen und Nordrhein-Westfalen. Sie haben das Ziel, bis 2030 oder 2040 eine klimaneutrale Verwaltung umzusetzen. Insofern greifen GRÜNE und SPD diesen Gedanken der FREIEN WÄHLER auf. Wir begrüßen das natürlich sehr.

Die Klimaschutzziele in Artikel 6 sind wichtig und werden auch konkret formuliert. Das ist wichtig, damit man auch einmal Zahlen hat. Dann kann man sagen: Das ist der Bestand, und auf diese Tonnenzahl will ich die Emissionen insgesamt reduzieren. Umweltminister Huber sagte in der "Bayerischen Staatszeitung" vom 20. April: Wir stehen ganz entschieden zu verbindlichen Klimazielen. Er spricht von unter sechs Tonnen, sagt aber nicht, wie viel das genau ist. "Unter sechs Tonnen" ist viel zu unkonkret; das

können fünf, vier, drei oder zwei Tonnen sein. Er sagt nur: Ein bisschen unter sechs Tonnen.

Wir sagen, dass es wichtig ist, Zwischenziele festzulegen, zum Beispiel für 2020 oder 2025, wie das in Artikel 8 vorgesehen ist. Ebenso sagen wir, dass die Aussage in Artikel 9 mutig ist, dass Maßnahmen zur Ausweitung des zivilen Flugverkehrs als Ziele im Landesentwicklungsprogramm künftig unzulässig sein sollen.

Nach Auffassung der FREIEN WÄHLER muss bei Artikel 11 – "Kommunale Klimaschutzkonzepte" – noch nachgebessert werden. Denn hier geht es darum, die Kommunen zu verpflichten – so steht es im Gesetzentwurf der GRÜNEN –, ein lokales Klimaschutzkonzept zu erstellen. Es ist schon gut und wichtig, ein lokales Klimaschutzziel zu formulieren und auch umzusetzen; aber das ist natürlich mit erheblichem Personal- und Kostenaufwand verbunden. Wir wollen, dass kommunale Klimaschutzkonzepte für die Kommunen weitgehend kostenneutral werden. Das heißt, hier braucht es Förderprogramme des Freistaats Bayern. Das fehlt leider in dem Gesetzentwurf der GRÜNEN, so gut er auch sonst ist.

Wichtig ist auch, dass wir einen Klimabeirat bekommen, der zusätzlich beteiligt wird. Das ist im Gesetzentwurf der GRÜNEN vielleicht ein bisschen zu unverbindlich. Wir meinen: Wenn die Kommunen und Bildungseinrichtungen – ich sage wieder: Klimaschutz beginnt im Kopf – bei der Umsetzung der Klimaschutzziele eine zentrale Rolle spielen, dann wollen wir haben, dass auch die kommunalen Spitzenverbände im Klimabeirat explizit genannt werden. Die Professoren sind natürlich wichtig; aber wir weisen immer auf die kommunalen Spitzenverbände hin.

Ich komme zum Schluss. Den Spruch "Nach mir die Sintflut" darf es in Bayern nicht geben. Da sind beide Gesetzentwürfe ein Schritt in die richtige Richtung, wobei es wichtig ist, dass die Kommunen mit einbezogen werden. Die SPD fordert ganz konkret, dass der Freistaat Bayern das Ziel fördert und auch finanziell unterstützt, was für uns sehr wichtig ist. Deshalb werden wir dem Gesetzentwurf der SPD zustimmen.

Weil bei den GRÜNEN dieser Punkt fehlt, es für uns FREIE WÄHLER aber sehr wichtig ist, dass man die Kommunen nicht im Regen stehen lässt, werden wir uns da enthalten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Ritt.

Hans Ritt (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Verehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass eine der dringendsten und wichtigsten Aufgaben des 21. Jahrhunderts der Klimaschutz ist. Es ist sehr wichtig, sich der Klimaproblematik anzunehmen, und es ist recht und billig, sich mit neuen Möglichkeiten für einen neuen, noch besseren Klimaschutz zu befassen.

(Florian von Brunn (SPD): Was? Noch besser?)

Vorab: Beide Gesetzentwürfe sind meines Erachtens absolut unnötig. Warum? – Weil wir in Bayern wie in keinem anderen Bundesland in Deutschland von 2008 bis 2014 bereits eine Milliarde Euro in den Klimaschutz investiert haben. Ich zähle jetzt einzelne Maßnahmen auf: die energetische Sanierung staatlicher Gebäude, und wir haben den Passivhausstandard und das 10.000-Häuser-Programm eingeführt. Das alles dient dem Klimaschutz.

Aus den Reden vorher höre ich als erstes 10 H heraus, also die Forderung, noch mehr Windräder zu bauen. Es ist aber zu wenig, 10 H einfach zu kippen, meine Damen und Herren. Ich muss Ihnen entgegensetzen: Wenn Sie mehr Windräder bauen wollen, dann müssen Sie sich auch die Progress-Studie zu Herzen nehmen. Darin wird aufgezeigt, dass durch die Windräder in Deutschland jährlich 150.000 bis 200.000 Fledermäuse geschreddert werden. Sie müssen sich vor Augen halten, dass jährlich 1.500 Rotmilane und 12.000 Mäusebussarde durch Windräder geschreddert werden. Das ist die andere Seite der Windenergie.

Als Nächstes möchte ich Ihnen sagen: Wir haben in Deutschland bereits mehr Sonnen- und Windenergie aufgebaut, als unser Höchststromverbrauch ist. Wir haben bei der Sonne ungefähr 44 Gigawattstunden und beim Wind über 56 Gigawattstunden stehen. In der Summe bedeutet das 100 Gigawattstunden; unser Höchststrombedarf liegt bei 82 Gigawatt. Wir haben bei Sonne und Wind also mehr, als wir verbrauchen.

Ich nenne Ihnen eine Zahl: Bei der großen Kälte am 24. Januar 2017 lieferten uns Sonne und Wind um 07.00 Uhr 0,7 Gigawatt und um 09.00 Uhr 2 Gigawatt von 100 Gigawattstunden. Damit haben wir doch eine ganz andere Herausforderung, und die Herausforderung heißt, in Speichertechnologien zu gehen und nicht neue Windräder zu errichten, wie ich das von Ihnen jetzt gehört habe.

Wir müssen auch erkennen – es ist gesagt worden –: Bayern hat sechs Tonnen CO₂-Ausstoß pro Kopf. Der Bundesdurchschnitt liegt bei neun Tonnen. Ich darf Ihnen auch Länder nennen. Der Kollege Fahn hat vorhin Rheinland-Pfalz genannt: pro Kopf 6,1 Tonnen; sie sind also nicht so mustergültig. Am Ende der Skala steht Bremen mit 19,4 Tonnen pro Kopf und als letztes Brandenburg mit 22,7 Tonnen pro Kopf. Vielleicht sollte uns auch zu denken geben – –

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Ende.

Hans Ritt (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Weltweit werden zurzeit 2.400 Braunkohlekraftwerke geplant oder gebaut; das bedeutet in zehn Jahren 6,5 Milliarden Tonnen CO₂ mehr in der Atmosphäre. Wir können jetzt einen Stecker ziehen; da sind unsere 74 Millionen Tonnen eigentlich Peanuts.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU Bravo!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Ritt, wir haben jetzt eine Zwischenbemerkung vom Kollegen von Brunn. Dafür bekommen Sie zwei Minuten.

Florian von Brunn (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Lieber Kollege Ritt, es ist die übliche Taktik; Sie sprechen über Programme, Summen, Finanzsummen. Ich habe

es vorher in meiner Rede aber gesagt: Gemessen an den Pro-Kopf-Treibhausemissionen haben Sie seit 2007 keinerlei Fortschritte in Bayern geschafft, genauso wenig wie bei den Stickoxiden. Sie sollten sich Gedanken machen, und ich hätte mir in der letzten Plenarsitzung von einem Redner oder einer Rednerin der CSU erwartet, dass er bzw. sie hier auch einmal die Wahrheit sagt und eingesteht: Wir sind beim Klimaschutz

(Zurufe von der CSU: Oh!)

sowie bei den Stickoxiden gescheitert.

(Beifall bei der SPD)

Hans Ritt (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege von Brunn, Basisjahr bei der Klimapolitik ist immer das Jahr 1990, festgelegt auf der ersten Weltklimakonferenz in Rio 1993. Rechnen wir vom Basisjahr 1990 an: 1990 hatte Bayern 84,5 Millionen Tonnen CO₂-Ausstoß, heute – aktuell habe ich es nicht, aber für das Jahr 2015 – sind es 72 Millionen Tonnen. Das heißt, dass wir den Ausstoß in Bayern reduziert haben.

(Florian von Brunn (SPD): Pro Kopf!)

– Ich spreche jetzt nicht von der Zahl pro Kopf, sondern in der Summe.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

– Lassen Sie mich bitte weitersprechen. Ich habe Sie vorher auch nicht unterbrochen, Herr Kollege Stümpfig. – Deutschland hatte 1,1 Milliarden Tonnen und hat auf 790 Millionen Tonnen reduziert. Wir stagnieren. Trotz des hohen Anteils oder Ausbaus bei der Windenergie und bei der Sonnenenergie stagnieren wir.

(Florian von Brunn (SPD): In jeder Hinsicht stagnieren Sie so!)

Jetzt nehmen wir die Welt. Im Jahr 1990 hatte die Welt 22 Milliarden Tonnen CO₂-Ausstoß, im Jahr 2015 waren es 35 Millionen Tonnen. Ich habe Ihnen gerade vorher gesagt: Bei der Braunkohle kommen weltweit 6,5 Milliarden Tonnen dazu; die Kraftwerke

sind in zehn Jahren fertig. In China sind 369 Braunkohlekraftwerke im Bau und 803 in der Planung. In zehn Jahren sind 1.100 Braunkohlekraftwerke neu in China dabei.

(Florian von Brunn (SPD): Da sind immer die anderen schuld! – Zuruf von den GRÜNEN)

Da können wir machen – – Wir ziehen heute in Bayern den Stecker. Wir reduzieren in der Welt 72 Millionen Tonnen, aber in sechs Monaten hat der CO₂-Ausstoß in der Welt das aufgefangen. Das soll nicht heißen: "Wir machen nichts" – das möchte ich nicht sagen –,

(Florian von Brunn (SPD): Stimmt ja auch!)

aber es kann nicht sein, dass wir uns knechten und knebeln, und die Welt macht etwas ganz anderes. Die Entwicklung findet in Asien statt. In zehn Jahren ist Indien der neue Riese. Die Bevölkerungszahl Indiens ist in wenigen Jahren höher als die von China,

(Florian von Brunn (SPD): Aber Herr Kollege, Sie können doch nicht immer mit dem Finger auf andere zeigen!)

und was machen sie? – In Braunkohle wird investiert!

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU Bravo!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. – Nächster Redner ist Herr Staatsminister Dr. Huber.

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umwelt und Verbraucherschutz): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese Diskussion hatten wir hier schon öfters, und im Grunde genommen sind wir uns einig, wohin wir wollen. Der Weg dorthin ist allerdings unterschiedlich. Sie wollen das Thema Klimawandel mit einem Klimaschutzgesetz auf den Weg bringen. Sie sind auf dem Weg – wie wir das heute

früh auch schon einmal besprochen haben –, das mit Verboten und mit konkreten Maßnahmen, die den Menschen aufgezwungen werden,

(Florian von Brunn (SPD): Mit konkreten Zielen!)

durchzusetzen, während wir bei denselben Zielen eine andere Herangehensweise haben.

Ich darf – die Diskussion ist an der Stelle etwas schief – noch einmal unterstreichen, was der Kollege Ritt gerade gesagt hat: Diese Dinge sind ein weltweites Geschehen. Wir müssen in Bayern unsere Pflicht aufgreifen und unseren Beitrag leisten, aber immer so zu tun, als sei der Klimawandel ein bayerisches Thema, geht an der Sache vorbei.

(Florian von Brunn (SPD): Sie sind doch Umweltminister!)

Wir haben einen Temperaturrekord nach dem anderen, darüber sind wir uns einig. Es wurden auch Dinge vorgebracht, die uns allen sehr Sorgen bereiten – das haben Sie heute auch schon angesprochen –, also Hochwasser, Starkregenereignisse, Dürren. All das veranlasst uns dazu, regional Verantwortung zu tragen. Wir müssen das auch – und darüber sind wir uns sogar hier einig – aus ökonomischer Vernunft machen, weil die Folgelasten groß sein werden.

Es ist aber eine Frage dessen, was man tatsächlich durchsetzen kann, und deshalb haben wir uns auf den Weg gemacht, indem wir uns mit einer klaren Vorgabe Dinge festgeschrieben haben, die jetzt in einer anderen Weise als mit einem Gesetz auf den Weg gebracht werden. 2014 haben wir ein Klimaschutzprogramm Bayern 2050 aufgelegt. Herr Fahn, von wegen "nur so ein bisschen gesagt": Es geht uns um sehr konkrete Ziele, die wir erreichen wollen. Dabei gibt es auch eine klare Struktur, die wir seither einhalten. Der erste Punkt ist die Reduktion klimaschädlicher Treibhausgase. Gleichzeitig müssen wir uns um das Wohl der Menschen kümmern. Wir müssen den Folgen des Klimawandels begegnen. Wir müssen uns wappnen und dafür sorgen, dass die

Ereignisse, die infolge des Klimawandels eintreten, bestmöglich gepuffert werden, zum Beispiel Hochwasser und Dürren. Schließlich müssen wir uns der Sache mit Forschung annehmen, damit wir die Probleme wissenschaftsbasiert lösen können.

Das Klimaschutzprogramm Bayern 2050 legt ganz konkrete Ziele fest. Das europäische Klimaziel bis zum Jahr 2050 ist eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen um 80 bis 95 %. Wir wollen die Treibhausgasemissionen pro Kopf bis zum Jahr 2050 auf weniger als zwei Tonnen senken. Heute liegen diese Emissionen pro Kopf noch bei sechs Tonnen. Insofern ist das ein sehr anspruchsvolles und ehrgeiziges Ziel. Wir wollen bis zum Jahr 2020 eine deutliche Senkung dieser Emissionen unter sechs Tonnen erreichen. Im Jahr 2030 sollen die Emissionen unter fünf Tonnen liegen.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umwelt und Verbraucherschutz): Ich würde gerne den Duktus halten. Aber wenn es sein muss.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege von Brunn, bitte.

Florian von Brunn (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Minister, an dieser Stelle die Frage: Die CSU-Staatsregierung hat sich vorgenommen, die Emissionen bis zum Jahr 2020 auf deutlich unter sechs Tonnen pro Kopf zu senken. Bitte sagen Sie heute: Werden Sie dieses Ziel erreichen, ja oder nein?

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umwelt und Verbraucherschutz): Ich bin sehr zuversichtlich. Wenn Sie noch ein bisschen Zeit haben, erzähle ich Ihnen, wie wir das machen wollen.

(Beifall bei der CSU – Alexander König (CSU): Sehr gut!)

Sehen wir uns die Maßnahmen an, die wir auf den Weg gebracht haben. Herr Kollege Ritt und Herr Kollege Dr. Hünnerkopf haben schon einige genannt. Wir sind bereits

deutlich auf dem Weg, den Ausstoß unter sechs Tonnen zu senken. Heute wurde schon erwähnt, dass wir bei der Erreichung dieses Ziels deutlich besser als andere unterwegs sind. An dieser Stelle möchte ich eines sagen: Mich irritiert die reine Winddebatte. Ich bin wirklich viel draußen. Ich bin aber nicht für die Energie zuständig. Dafür ist das Wirtschaftsministerium verantwortlich.

(Florian von Brunn (SPD): Der Kollege ist nicht da!)

Ich kümmere mich trotzdem häufig um dieses Thema. Hier wird sehr unterschiedlich argumentiert. Sie sagen, wir bräuchten mehr Windkraft. Dabei interessiert Sie überhaupt nicht, ob dadurch Vögel oder Fledermäuse ein Problem bekommen. Beim Ausbau der Wasserkraft sind aber die Fische das unüberwindliche Problem. Wir können auch feststellen, dass die Vermaischung für die Artenvielfalt schlecht ist. So können wir diese Themen durchdiskutieren.

(Florian von Brunn (SPD): Jedes Windrad wird artenschutzrechtlich geprüft!)

Mir ist es schon passiert, dass ich bei einer Veranstaltung auf zwei Protestgruppen gestoßen bin, die mit Trillerpfeifen und Transparenten wohl ausgestattet waren. Als ich rausgegangen bin, habe ich von beiden Seiten Ärger gekriegt, die einen waren Windkraftgegner, die anderen waren Windkraftbefürworter.

Wir wollen die regenerativen Energien stärken. Dazu brauchen wir einerseits das Europarecht, andererseits das EEG als Bundesrecht, und wir brauchen einen gesamtgesellschaftlichen Konsens, mit dem zugegeben wird, dass ein Zubau mancher regenerativer Energieform ohne Nachteile beim Naturschutz nicht möglich ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, Bayern ist bei diesem Thema nicht schlecht unterwegs. Das verdanken wir zu einem großen Teil der Wasserkraft. Wir sind aber noch nicht weit genug. Deshalb müssen wir Geld investieren. In den Jahren 2017 und 2018 haben wir allein für dieses Thema 190 Millionen Euro aufgewandt. Es geht aber nicht nur um die Energieerzeugung, sondern auch um den Klassi-

ker der energetischen Sanierung. Das ist Teil des Programms Energieeffizienz bei Gebäuden. Auch die heimische Wirtschaft zieht aus diesem Programm Vorteile.

In die Richtung der SPD möchte ich sagen, dass es dabei nicht nur um staatliche, sondern auch um private Bauten geht. Wir haben ewig für die Schaffung von Steuerergünstigungen als Anreiz gekämpft. Mit großer Mühe ist es uns gelungen, diesen Punkt in die Koalitionsvereinbarung zu bringen. Gott sei Dank wird diese Maßnahme von der jetzigen Bundesregierung auf den Weg gebracht.

(Florian von Brunn (SPD): Dafür ist Herr Altmaier von der CDU zuständig!)

Wir haben das ewig gefordert, aber es ist nichts passiert.

Ich habe schon über die Klimaanpassung gesprochen. Für den Hochwasserschutz werden wir bis zum Jahr 2020 3,4 Milliarden Euro und von 2020 bis 2030 weitere 2 Milliarden Euro zur Verfügung stellen. Vor Kurzem habe ich berichtet, welche Maßnahmen wir gegen Sturzfluten und Dürren ergreifen werden. Auch beim Thema Forschung sind wir weit vorangeschritten.

Unser erklärtes Ziel lautet, dass wir bis zum Jahr 2050 klimasicher sein wollen. Das wollen wir durch Emissionsminderung, Anpassung und Forschung erreichen. Das müssen wir nicht in einem Gesetz festschreiben. Diese Zielfestschreibung hat dieselbe Verbindlichkeit wie ein Gesetz.

Sie haben heute sicherlich der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten gelauscht. Er hat dieses Thema etwas größer angelegt. Wenn Sie genau zugehört haben, haben Sie mitbekommen, dass er sensible und zukunftsorientierte Herausforderungen in die Verfassung bringen möchte.

(Florian von Brunn (SPD): Sie haben das zuerst abgelehnt!)

Darüber soll in einer Verfassungskommission diskutiert werden, die heute hier angeboten worden ist. Dabei kann auch über die Themen Klima, Landwirtschaft und Pflege

gesprächen werden; über die letzteren Themen wurde heute noch gar nicht gesprochen. Ich glaube, neue Verfassungsziele wie Klima- und Landschaftsschutz hätten ein ganz anderes Kaliber. Das würde der Brisanz dieser Themen entsprechen.

(Florian von Brunn (SPD): Wieder ein Last-Minute-Angebot, das Ihnen keiner glaubt!)

– Dass Sie mir das nicht glauben, stört mich nicht. Wir versuchen, das umzusetzen.

(Florian von Brunn (SPD): Das ist doch vor ein paar Monaten abgelehnt worden!)

Unser Fraktionsvorsitzender hat aus dem ersten Brief des Johannes zitiert: "An ihren Taten sollt ihr sie erkennen!"

(Zustimmung bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Ich werbe dafür, diese Verantwortungsbereitschaft zu zeigen. Die Aufnahme dieser Themen in die Verfassung könnte ein richtiger Schritt sein. Daran werden wir in der nächsten Legislaturperiode arbeiten. Ich bin mir sicher: Die Bayerische Staatsregierung tut mehr als jede andere Regierung in diesem Bereich.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Bitte bleiben Sie am Rednerpult. Wir haben zwei Zwischenbemerkungen. Zunächst Herr Kollege Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Staatsminister, Sie erlauben mir Zweifel an Ihrer heutigen Aussage, Ihre freiwilligen Maßnahmen hätten die gleiche Verbindlichkeit wie ein Gesetz, in dem klar festgelegt ist, was Sektorziele und Zwischenziele sind und wo wir hinwollen. Verbindliche Ziele bleiben Sie schuldig. Wie wollen Sie diese Ziele erreichen? Die Bilanz wurde vorgelegt: In den letzten 25 Jahren wurden die CO₂-Emissionen um 10 % gesenkt. Wir müssten im nächsten Jahr eine Reduktion von 40 % schaffen, also um 30 % in einem Jahr. Wie wollen Sie das erreichen?

Wir hatten einen gewaltigen Hitzesommer. Die Landwirtschaft klagt. Wir haben Waldschäden, die zwar noch nicht heuer, aber im nächsten Jahr feststellbar sein werden. Wir müssen Angst haben, dass unsere Wälder im großen Stil zusammenbrechen. Jetzt kommen Sie und legen für die Landwirtschaft Programme zur Bewässerung auf. Das ist kurzfristig gedacht. Sie setzen einfach fort, was in der Vergangenheit gemacht wurde. Sie haben in den letzten Jahren mehr Geld für die Reparatur der Klimaschäden als für Maßnahmen des vorbeugenden Klimaschutzes ausgegeben.

Meine Frage: Ist es sinnvoll, so weiterzumachen? Zweite Frage: Wann bilanzieren Sie die nicht energiebedingten CO₂-Emissionen der Landwirtschaft, die rund zwei Tonnen pro Kopf ausmachen? Sie haben gesagt, Sie wollten eine Reduktion auf unter fünf Tonnen bis zum Jahr 2030 erreichen. Sind da die nicht energiebedingten CO₂-Emissionen dabei? Sollten sie nicht dabei sein, läge das Ziel bei sieben Tonnen. Dies wäre wirklich ein Offenbarungseid; denn dann würden wir die Klimaziele von Paris niemals einhalten.

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umwelt und Verbraucherschutz): Zunächst möchte ich auf eines hinweisen: Wenn wir uns um den Klimawandel kümmern, müssen wir alles gleichzeitig machen. Es hätte keinen Sinn, wenn wir uns nur um lokale Maßnahmen kümmern würden, die, wie das Herr Kollege Ritt gesagt hat, mit massiven Auswirkungen auf jeden einzelnen Bürger verbunden wären. Wir würden uns damit selbst kasteien, um ein Vorbild zu sein. Das macht keinen Sinn, wenn wir nicht auch andere Maßnahmen ergreifen.

Das heißt, wir werden gleichzeitig den Folgen begegnen müssen, auch wenn es mir lieber wäre, wenn wir, falls wir den Klimawandel in dieser Form nicht hätten, diese Folgen nicht bewältigen müssten.

Die Grundsatzfrage lautet: Ist ein solches Gesetz notwendig oder nicht? – Wir sind der Auffassung, dass wir mit unseren finanziell gut dotierten Maßnahmen weiter kommen als mit einem Gesetz, über das wir letztlich stolpern, weil wir es nicht erfüllen können.

Es ist eine wichtige Aufgabe – darin sind wir uns sicherlich einig –, die Landwirtschaft mit ins Boot zu holen. Aber die Maßnahmen sind momentan noch nicht umgesetzt. Dieses Thema müssen wir unter Einbeziehung der vorliegenden Erkenntnisse verstärkt angehen. Die Behauptung, dass die Landwirtschaft wieder der Hauptverursacher sei, passt allerdings nicht zu laufenden Braun- und Steinkohlekraftwerken und zu einem völligen Defizit bei dezentralen Speicheranlagen. Wir werden alle diese Aspekte gleichzeitig angehen.

Sie haben auch gesagt, wir hätten möglicherweise den nicht energiebedingten Ausstoß nicht in diese Zahl eingerechnet. Aber wer sich die von uns umgesetzten Maßnahmen wie zum Beispiel Moorschutzmaßnahmen etc. ansieht, stellt fest: Das sind alles keine Erzeugerthemen, sondern Bereiche, in denen wir versuchen, auch den nicht energiebedingten Ausstoß zu reduzieren.

Ich bin mir sicher, wir können heute nicht genau sagen, was im Jahr 2030 Sache ist. Wir können nur Ziele festlegen, uns auf den Weg machen und uns mit Hunderten von Millionen Euro in diese Richtung bewegen. Aber auch die Gesellschaft muss mitmachen, weil wir das alles nicht nur durch Vorschriften regeln können.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Moment, bitte. Wir haben noch eine Meldung zur Zwischenbemerkung von Herrn Dr. Fahn vorliegen.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Ich habe mit Interesse vernommen, dass Sie gesagt haben, es werde eine sogenannte Verfassungskommission ins Leben gerufen. Auch die Aufnahme des Klimaschutzes in die Bayerische Verfassung sei ein Thema.

(Staatsminister Dr. Marcel Huber: Könnte sein!)

Das heißt, Sie stellen sich jetzt nicht mehr dagegen, sondern unterstützen so etwas. Ich darf daran erinnern, dass wir FREIEN WÄHLER zweimal einen Gesetzentwurf ein-

gebracht haben, den Klimaschutz in die Bayerische Verfassung aufzunehmen, aber Sie das Begehren zweimal abgelehnt haben. Ich sehe, Sie haben umgelernt und stehen jetzt dieser Forderung, die wichtig ist, weil sich damit auch die Gerichte befassen, positiv gegenüber. Können Sie das hier nochmals bestätigen?

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umwelt und Verbraucherschutz): Ich habe Ihnen gesagt, dass der Ministerpräsident den Weg aufgezeigt und sich aufgemacht hat, darüber zu reden. Wir werden uns über dieses Begehren unterhalten. Zu sagen, das müssen wir unbedingt so hinbekommen, wäre eine Vorwegnahme. Aber die Bereitschaft, darüber zu reden, ist die Neuigkeit dieses Abends.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Dazu werden die Tagesordnungspunkte wieder getrennt. Ich lasse zunächst in einfacher Form über den Gesetzentwurf der SPD-Fraktion und dann in namentlicher Form über den Gesetzentwurf des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN abstimmen.

Zunächst erfolgt die Abstimmung über den Initiativgesetzentwurf der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/21763.

(Unruhe)

– Ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit. – Der federführende Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz empfiehlt hier die Ablehnung des Gesetzentwurfs. Wer dagegen dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die CSU-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? – Eine Stimmenthaltung des Kollegen Muthmann (fraktionslos). Damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.

Ich komme jetzt zum Initiativgesetzentwurf der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/21585 zurück. Ich eröffne die namentliche Abstimmung. Abstimmungszeit: fünf Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 16.04 bis 16.09 Uhr)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die fünf Minuten sind um. Die Abstimmung ist geschlossen. Wir zählen außerhalb des Sitzungssaals aus. Bitte nehmen Sie wieder Platz, damit wir in der Tagesordnung fortfahren können.

(...)

Präsidentin Barbara Stamm: Dann darf ich noch das Ergebnis einer namentlichen Abstimmung bekanntgeben, und zwar handelt es sich um den Gesetzentwurf der Abgeordneten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, und zwar "Gesetzentwurf zum Schutz des Klimas und zur Anpassung an den Klimawandel im Freistaat Bayern – Bayerisches Klimagesetz" auf der Drucksache 17/21585. Mit Ja haben 47 gestimmt, mit Nein haben 74 gestimmt. 14 Kolleginnen und Kollegen haben sich der Stimme enthalten. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 27.09.2018 zu Tagesordnungspunkt 5: Gesetzentwurf der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Schutz des Klimas und zur Anpassung an den Klimawandel im Freistaat Bayern - Bayerisches Klimagesetz (Drucksache 17/21585)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			X
Arnold Horst			
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			X
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun			
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut		X	
Celina Kerstin	X		
Deckwerth Ilona	X		
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert			
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard			
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg			
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen			X
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther			
Flierl Alexander		X	
Freller Karl		X	
Fröschl Markus			
Füracker Albert			
Ganserer Markus			
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva			X
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann			X
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold			X
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes		X	
Hözl Florian		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard			
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela			
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus			X
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig			
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			X
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael			X
Pohl Bernhard			X
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph			
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin			
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			X
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara			
Stamm Claudia			
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl			
Streibl Florian			X
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter			
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen			
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard			
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel			
Widmann Jutta			X
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			X
Gesamtsumme	47	74	14